

Russland in Flammen

Die verheerenden Wald- und Torfbrände in Russland dehnen sich immer weiter aus. Offenbar sind auch politische Versäumnisse schuld am Ausmaß der Katastrophe. **Seite 2**



Streit um die Bodenreform

Selten wurde eine Frage gleich zweimal vom Bundesverfassungsgericht entschieden – und das kurz hintereinander. Vor 20 Jahren begann der Streit um die Bodenreform. Noch ist er nicht vorbei. **Seite 3**

Unser Wochenendangebot

Mensch & Gesellschaft: Frauen, Männer, Unterschiede	Seite 20
Forum: Individuelle Suche nach Spiritualität	Seite 21
Thema: Faschismus und die »Dimitroff-Formel«	Seite 24
Reportage: Zwickauer Studenten unter Starkstrom	Seite 25

Das MfS soll nie verjähren

Koalition will Stasi-Überprüfung im Staatsdienst um acht Jahre bis 2019 verlängern und den Personenkreis wieder ausweiten

Von Ines Wallrodt

Die schwarz-gelbe Koalition will die Regelüberprüfung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf eine mögliche MfS-Vergangenheit wieder ausweiten. Ein Gesetzentwurf soll nach der Sommerpause in den Bundestag eingebracht werden.

Mehr als ein Jahr bevor die Frist für MfS-Überprüfungen im öffentlichen Dienst abläuft, haben Koalitionspolitiker eine Debatte dazu losgetreten. Ein Entwurf für eine Novelle des Stasi-Unterlagen-Gesetzes liegt bereits vor, sagte der FDP-Berichterstatler im zuständigen Bundestags-Ausschuss für Kultur und Medien, Reiner Deutschmann (FDP), der »Mitteldeutschen Zeitung«. Die schwarz-gelbe Koalition plant demnach, die Regelüberprüfung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst bis zum Jahr 2019 zu verlängern und den Kreis derjenigen auszuweiten, die als potenziell nicht geeignet für den Staatsdienst gelten. So sollen künftig wieder Beamte und Angestellte in unteren leitenden Funktionen, wie etwa ehrenamtliche Bürgermeister, überprüft werden, erklärte der FDP-Politiker aus Sachsen.

Nach der bisherigen Regelung laufen die MfS-Überprüfungen Ende nächsten Jahres aus. Sie waren 2006 auf Personen in herausgehobener Stellung in Politik und Gesellschaft eingeschränkt worden.

Der neue Gesetzentwurf soll nach der Sommerpause in den Bundestag eingebracht werden. Die Kulturausschuss-Vorsitzende Monika Grütters (CDU) bestätigte,



Zerrissene Stasi-Unterlagen in der Berliner Behörde: Die Schnipseljagd soll bis 2019 verlängert werden.

Foto: dpa/Jensen

dass eine Änderung »in der Pipeline« sei.

2006 sollte schon einmal Schluss sein mit den Stasi-Überprüfungen. Dies hatte seinerzeit auch die Stasi-Unterlagen-Beauftragte Marianne Birthler mit der Begründung

empfohlen, dass der Großteil der Überprüfungen erledigt sei und junge Menschen, die neu im öffentlichen Dienst anfangen, gar keine MfS-Vergangenheit mehr haben könnten. Rechtsexperten hatten zudem darauf verwiesen, dass

selbst Straftaten wie gefährliche Körperverletzung nach zehn Jahren verjähren. Diese Sichtweise setzte sich jedoch nicht durch. Nach Widerstand von Opferverbänden und Ost-CDU wurde die jetzige Regelung verabschiedet.

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU) begrüßte die neuen Pläne. Es könnte künftig in Einzelfällen »hilfreich sein, wenn die Möglichkeit zur Überprüfung bestehen bliebe«, sagte Böhmer in einem Interview

für die »Mitteldeutsche Zeitung«. Ähnlich positiv äußerte sich der Sprecher des Deutschen Beamten-Bundes, Frank Zitzka.

Vertreter der Linkspartei wandten sich gegen weitere Überprüfungsfristen. Die kulturpolitische Sprecherin der LINKEN, Luc Jochimsen, macht verfassungsrechtliche Bedenken geltend. »Wir sind für die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, je vertiefter und differenzierter, desto besser; aber die Verlängerung verletzt das Prinzip der Verhältnismäßigkeit«, sagte sie dem ND. Der LINKE-Fraktionschef im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow, bezeichnete den Vorstoß als »Placebo-Geschichte«, die mit Aufklärung nichts mehr zu tun habe.

Bei einer aktuellen Stunde hatten sich bereits im Januar Bundestagsabgeordnete von Union, FDP, SPD und Bündnisgrünen für eine Verlängerung der Regelüberprüfung über 2011 hinaus ausgesprochen. Damals war von einer Frist bis 2016 die Rede.

Bis 2006 hat die Stasi-Unterlagenbehörde rund 1,75 Millionen Ersuche auf Überprüfung von Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes bearbeitet. In den vergangenen Jahren seien die Anträge rapide zurückgegangen – von 13 187 im Jahr 2006 auf 175 im vergangenen Jahr. Im ersten Halbjahr 2010 habe es noch 34 Anfragen gegeben. Die Behörde hat nach Auskunft eines Sprechers an dem jetzt bekannt gewordenen Entwurf einer Novelle des Stasi-Unterlagen-Gesetzes aktiv mitgearbeitet.

Kommentar Seite 4

Unten links

Ente in Öl! Gestern wurden in Texas Gemälde des **Disney-Zeichner** Carl Barks versteigert. Höchstpreise für Donald Duck! Das war zu erwarten. Micky ist eine Maus, Donald aber ist keine Ente. Er sieht nur so aus. Das ist sein Geheimnis, er verkörpert den schönen Traum des Menschen: Der möchte doch so gerne. So kam der Mächtegegn in die Welt, und eine Ente musste her, um diesem Typus jene Sympathie zu sichern, die ihm im realen Leben meist versagt bleibt. Eines der Gemälde zeigt Donald beim Sprung hinein in Onkel Dagoberts Talmilliarden. Ankunft im Reich des Scheins. Das nennt man Bewusstseins-Verenterung. Donald trägt für alle, die an der Krawatte wie an einem Strick hängen, tapfer die Matrosenmütze. Dies letztes Requisite einer Sehnsucht, die nie wahr wird. Hechel, keuch, keuch. Mag Micky Maus die lustige Erfindung eines Wunders gewesen sein, Donald Duck war die witzigere Erfindung: der Wunden, die aus einer Ente einen Pechvogel machen. Also einen Menschen. *hades*

www.neues-deutschland.de

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/Sa 13,50 DKK;
Österreich 1,60/1,80 EUR;
Slowakei 1,70/1,90 EUR;
Tschechien 61/66 CZK; Ungarn 470/550 Ft;
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-3375



Abrüstungsappelle zum Hiroshima-Gedenken

Japan: Aber kein Verzicht auf US-Atomschirm

65 Jahre nach dem ersten Atomangriff der Geschichte werden neue Impulse zur atomaren Abrüstung gefordert.

Tokio/Berlin (Agenturen/ND). UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon kündigte auf der zentralen Gedenkfeier im japanischen Hiroshima an, das Thema im September auf die Tagesordnung einer Abrüstungskonferenz in New York zu setzen. Außerdem drang Ban darauf, den Vertrag über einen umfassenden Stopp aller Atomversuche 2012 in Kraft zu setzen.

Die USA hatten am 6. August 1945 die erste Atombombe auf die Stadt Hiroshima abgeworfen. Drei Tage später folgte der Atomangriff auf die Stadt Nagasaki. Ban ist der erste UNO-Generalsekretär, der an der Gedenkfeier in Hiroshima teilnahm. Auch die USA war zum 65. Jahrestag erstmals an der Seite von rund 70 anderen Staaten mit einem Botschafter vertreten.

Ban forderte mit Hinweis auf seine traumatischen Kindheitserfahrungen im Koreakrieg (1950-1953), im Bemühen um Abrüstung nicht nachzulassen. Eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen sei »der einzige vernünftige Weg zu einer sichereren Welt«. Er schlug vor, »vom nächsten Jahr an regelmäßig Gipfelkonferenzen des UN-Sicherheitsrates einzuberufen, um unsere Versprechen und Verpflichtungen weiter zu verfolgen«.

Vorbild solle die Konferenz von 2009 sein.

US-Botschafter John Roos erklärte, man müsse »künftigen Generationen zuliebe« an einer »Welt ohne Nuklearwaffen« arbeiten. Es müsse sichergestellt werden, dass sich ein Atomkonflikt nie wiederhole. Für das Hiroshima-Bündnis zur Abschaffung der Atomwaffen kam Roos Jahre zu spät zu der Gedenkfeier. »Die USA sind das einzige Land der Erde, das einen Angriff mit einer Atombombe geführt hat. Und sie haben immer noch Kernwaffen«, sagte Bündnis-Sprecherin Haruko Moritaki.

Ministerpräsident Naoto Kan versprach, Vorschläge zur Abrüstung vorzulegen. Er wies jedoch die Forderung des Bürgermeisters von Hiroshima, Tadatashi Akiba, zum Verzicht auf den US-Atomschirm zurück. »Ich glaube, dass die atomare Abschreckung für unsere Nation nötig bleibt«, sagte er. Japan halte aber am Verzicht auf die Herstellung, den Besitz und die Einführung von Kernwaffen fest.

Mit einer Kerzenwallfahrt, Andachten und einer Fastenaktion haben Mitglieder der Friedensbewegung vor dem Bundeswehr-Fliegerhorst im rheinland-pfälzischen Büchel der Opfer des Atombombenabwurfs auf Hiroshima gedacht. Seit 15 Jahren gibt es in Büchel Proteste gegen dort vermutete US-Atomwaffen. **Seite 22**

Gastkolumne

Stopp beim Wildwuchs von Jobs auf Zeit

Von Klaus Wiesehegel



Der 57-jährige ist Bundesvorsitzender der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt.

ND-Foto: IG BAU

»Atypische Beschäftigung im Krisenjahr 2009 rückläufig«. fasste das Statistische Bundesamt die Ende Juli veröffentlichten Daten zur atypischen Beschäftigung zusammen. Ein Grund zur Entwarnung ist dies jedoch nicht, denn der leichte Rückgang im Krisenjahr 2009 ist lediglich eine Momentaufnahme und keineswegs eine Trendwende.

Die Anzahl der Arbeitnehmer in diesen heiklen Jobs steigt immer weiter an – in den vergangenen zehn Jahren um rund 1,8 Millionen. Und auch 2010 setzt sich nach Auskunft der Bundesregierung der Trend zu immer mehr atypischen Beschäftigungsverhältnissen weiter fort. Die angebotenen Leiharbeits-Stellen haben sich seit Januar mehr als verdoppelt, während die Zahl der übrigen freien Arbeitsplätze nur um ein Drittel stieg. Knapp ein Viertel der Arbeitnehmer in Deutschland ist in unsicheren und perspektivlosen Jobs beschäftigt ist.

Auch wenn nicht jede atypische Beschäftigung prekär ist, darf die Tendenz zu immer mehr Minijobs, Befristungen, Teilzeit und Leiharbeit nicht akzeptiert werden. Es gibt viele gute Gründe dafür, sich gegen diesen Trend stark zu machen. Auf zwei muss besonders

hingewiesen werden: Erstens ist atypische Beschäftigung mit einem besonders hohen Maß an persönlicher Unsicherheit für die Betroffenen verbunden. Es waren die Zeitarbeiter und befristet Beschäftigten, die die negativen Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise ganz besonders zu spüren bekamen. Zweitens verschiebt atypische Beschäftigung die innerbetrieblichen Kräfteverhältnisse, erschwert gewerkschaftliche Arbeit und entsolidarisiert die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Aber nicht nur Leiharbeit, die aktuell im Zentrum der politischen Aufmerksamkeit steht, verschiebt die Kräfteverhältnisse. Das gilt genauso für Minijobs und vor allem für befristete Beschäftigung. 560 000 Arbeitnehmer waren 2009 laut Statistischem Bundesamt Leiharbeiter. Die fünffache Zahl – über 2,6 Millionen Menschen – waren in der Haupt-

tätigkeit befristet beschäftigt.

Eine der Branchen, in der Jobs auf Zeit stark zunehmen und immer mehr zur Regel werden, ist die Gebäudereinigung. Sechs-Monats-Verträge sind hier gang und gäbe. In der Gebäudereinigung wird die atypische Beschäftigung typisch. Aber nicht nur dort muss festgestellt werden: Befristete Arbeitsverträge werden von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern als »Zitterverträge« empfunden. Im Hinterkopf ist immer die Angst: Bekomme ich einen neuen Vertrag, wenn mein jetziger Vertrag ausläuft? Das ist eine denkbar schlechte Voraussetzung, um sich für seine Rechte einzusetzen – ob es die Gründung eines Betriebsrats ist oder das Einfordern von Bezahlung für Überstunden.

Atypische Beschäftigung macht Angst – und Angst macht gefügig. Es ist an der Zeit, den Wildwuchs bei der Befristung von Arbeitsverhältnissen endlich zu stoppen und die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Jobs auf Zeit restriktiver zu regeln. Befristete Arbeitsverträge dürfen nur die Ausnahme sein – für die Fälle, in denen in einem Unternehmen kurzfristig zusätzliche Auftragspitzen aufgefangen oder ein Arbeitnehmer ersetzt werden muss.